Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomsen, Staudnitz, Threna usw.)

Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtrates zu Naunhof; es enthält Bekanntgaben des Bezirksverbandes, der Amtshauptmannschaft Grimma und des Finanzamtes zu Grimma nach amtlichen Veröffentlichungen.

Erscheint wöchentlich 3mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachmittag 4 Uhr Bezugspreis: Monatlich ohne Austragen 1.50 Mk., Post ohne Bestellgeld monatl. 1.50 Mk. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf: Amt Naunhof Nr. 2

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg., amtliche 50 Pfg., Reklameteil (3gesp.) 50 Pfg. Tabell. Satz 50% Aufschlag. Bei undeutlich geschriebenen, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen sind wir für Irrtümer nicht haftbar.

Druck und Verlag: Günz & Eule, Naunhof bei Leipzig, Markt 3

Nummer 2 — **Dienstag, den 3. Januar 1928** — **39. Jahrgang**

Amtliches.

Kinderheim.

Das Kinderheim ist seit 2. Januar d. J. wieder geöffnet.

Naunhof, den 2. Januar 1928. Der Stadtrat.

Landkrankenkasse Naunhof.

Wahl des Vorstandes betreffend.

Die Wahl der Vertreter des Vorstandes der Landkrankenkasse Naunhof findet

Sonntag, den 19. Februar 1928
von 3 bis 4 Uhr nachmittags

im Nebenzimmer des Ratskellers zu Naunhof statt.

Zu wählen sind

3 Vertreter der Arbeitgeber und 6 Stellvertreter.
6 Vertreter der Versicherten und 12 Stellvertreter.

Die Wahlen sind geheim. Gewählt wird auf Grund von Vorschlagslisten nach den Grundsätzen der Verhältniswahl.

Die Wahlzeit dauert 5 Jahre.

Die Wahl der Arbeitgeber- und Versicherten-Vertreter erfolgt in getrennten Wahlhandlungen. Wahlberechtigt sind die neugewählten Ausschußmitglieder, denen besondere Einladungen zugegangen sind.

Wählbar sind alle volljährigen Arbeitgeber und Versicherten unter Berücksichtigung der in der Satzung vorgesehenen Beschränkungen.

Unter Hinweis auf § 15 der Reichsversicherungsordnung werden die Berechtigten aufgefordert, spätestens 4 Wochen vor dem Wahltage — **21. Januar 1928** — Vorschlagslisten beim Vorstand der Kasse einzureichen. Die Vorschlagslisten sind gesondert für die beteiligten Arbeitgeber und Versicherten aufzustellen und sollen höchstens dreimal soviel Namen enthalten, als Vertreter zu wählen sind. Zur Einreichung von Vorschlagslisten sind berechtigt die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer oder die Verbände solcher Vereinigungen. Diesen Vorschlagslisten stehen gleich Vorschlagslisten von Arbeitgebern oder Versicherten, wenn die Liste der Arbeitgeber mindestens 15 Unterschriften mit insgesamt mindestens 30 Stimmen und die Liste der Versicherten mindestens 30 Unterschriften Wahlberechtigter der betreffenden Gruppe aufweist. Dasselbe gilt von Vorschlagslisten mit mindestens 2 Unterschriften von Vertretern der Arbeitgeber oder Versicherten, die der betreffenden Gruppe im neugewählten Ausschuß angehören.

Die zugelassenen Vorschlagslisten werden spätestens eine Woche vor der Wahl den Vertretern der Arbeitgeber und der Versicherten im Kassenausschuß schriftlich mitgeteilt.

Die Stimmabgabe ist an die zugelassenen Vorschlagslisten gebunden. Jeder Wähler hat nur eine Stimme. Sollten auf gültigen Vorschlagslisten nur soviel Bewerber benannt werden, wie Vertreter zu wählen sind, so gelten diese in entsprechender Anwendung des § 10 der Wahlordnung als gewählt.

Verbundene Vorschlagslisten werden nicht zugelassen.

Im übrigen finden für die Wahl die Vorschriften der Kassensatzung und der dieser angefügten Wahlordnung Anwendung.

Naunhof, am 2. Januar 1928. **Der Vorstand.**
Willer, Vorsitzender.

Mittwoch, den 4. Januar 1928, vorm. 10 Uhr soll im Restaurant „Gambrinus" in Naunhof 1 Schreibtisch meistbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Grimma, den 3. Januar 1928. R. V. 2920/27.

Finanzamt.

Friede und Freiheit.

Von Frieden und von Gerechtigkeit ist gar viel die Rede gewesen in den Ansprachen offizieller und offiziöser Art, die beim Jahresbeginn von den wohlvorbereiteten Manuskripten abgelesen wurden. Fast ein wenig allzuviel: denn es geht dem Frieden und der Gerechtigkeit gerade so wie — dem bekannten Worte gemäß — einer Frau: jene ist die beste, von der man am wenigsten spricht. Der Reichskanzler hat ja in seiner Rede wenigstens der Deutschen gedacht, auf denen immer noch der Druck der Besatzungstruppen lastet, und der Reichspräsident hat ebenso den wirklichen Frieden für unvereinbar erklärt mit der Tatsache, daß die Besatzungstruppen fremder Militärmächte noch auf deutschem Boden stehen. Wir wissen ja, daß diese Proteste und Hinweise an der Tatsache selbst nichts ändern und daß wir nur hoffen können auf den Tag, da Deutschlands Boden wieder frei geworden ist.

Das aber kann noch nicht unser letztes Ziel sein. Wenn schon so viel von Frieden und Gerechtigkeit die Rede ist, so können wir Deutsche doch nimmermehr vergessen, daß den Deutschen jenseits der Grenzen Friede und namentlich Gerechtigkeit ein ganz unbekanntes Gut geworden ist. Jenen dort draußen in Südtirol und ferner im jetzt rumänischen Banat, in Polen und der Tschechoslowakei, im Westen wie im Norden — überall gibt es für die Deutschen keinen Frieden, keine Gerechtigkeit. Es ist wie eine Stimme in der Wüste, wenn einmal eine englische Zeitschrift auf den Wahnsinn der deutschen Grenzgestaltung im Osten hinweist, auf den unerträglichen Pfahl im deutschen Fleisch, den der „polnische Korridor" darstellt. Wenn in jener englischen Zeitschrift der Vorschlag gemacht wird, der Völkerbund solle die Sache in die Hand nehmen, so teilen wir den Zweifel, ob diese Institution, die ja extra zur Schaffung des Friedens und der Versöhnung zwischen den Völkern eingerichtet ist, wirklich die Kraft dazu hat, in dieser Frage ihren Daseinszweck zu erfüllen. Gerade die Deutschen im Memelland haben es ja im vergangenen Jahre oft genug erfahren müssen, wie trügerisch die Hoffnungen sind, die sie auf Genf setzten. Ebenso ist's in Ostoberschlesien, wo die Deutschen von neuem genötigt sind, in der Schulfrage wieder einmal an den Völkerbund zu appellieren.

England und Amerika sollten nach dem Vorschlage jener Zeitschrift die Regelung der Korridorfrage in die Hand nehmen, wenn der Völkerbund das zu tun nicht in der Lage sei. Aber — ist nicht gerade Polen der stärkste Posten in der antibolschewistischen Politik Englands und auch Amerikas, das ja hierin dem englischen Vetter besinnungslos Gesellschaft leistet? Und hat nicht gerade Amerika jetzt wieder so viel Geld in das polnische Geschäft zwecks Stützung des Zlotys gesteckt, daß jede Hoffnung auf eine vernünftige Grenzziehung — bei der es auf Polens Kosten gehen müßte — in eine noch weitere Zukunft verdämmern muß?

„Gewalt fährt auf der Straßen" sang einst vor 700 Jahren der deutsche Dichter Walter von der Vogelweide. Trotz schöner Reden ist's auch heute so bei den Deutschen jenseits der deutschen Grenzen. Noch immer besteht das Verbot für Deutschland und Deutsch-Österreich, den Anschlußwillen zu erfüllen; wird mit größtem Argwohn darauf gesehen, daß diese papierene Bestimmung auch dem Buchstaben getreu durchgeführt wird. Und wenn man an Südtirol denkt, so gibt es für jeden Deutschen nur ein bitteres, fast hoffnungsloses Achselzucken, wenn von Frieden und Gerechtigkeit gesprochen wird. Schwer, fast unmöglich ist es, wenn wir dorthin schauen, an einen menschlichen Fortschritt glauben zu sollen, an „Gerechtigkeit und Liebe", von der in seiner Beglückwünschungsrede als Vertreter des diplomatischen Korps der Nuntius Pacelli gesprochen hat. Der deutsche Reichspräsident erwiderte, daß ein wirklicher Friede auch die Freiheit begründen müsse — aber diese Freiheit wird auch im jetzigen Jahre für die Deutschen diesseits und jenseits der Grenzen eben nur eine Hoffnung bleiben und noch lange nicht Erfüllung werden.

Der „ungesetzliche" Krieg

Französisch-amerikanisches Sonderabkommen?

Fortgesetzte Verhandlungen.

Mehrfach wurde in letzter Zeit abgeleugnet, daß auf die Anregungen zu einem besonderen Friedensabkommen durch Frankreich an die Vereinigten Staaten etwas wie ein Entgegenkommen in Washington erfolgt sei.

Nunmehr scheinen aber doch die Verhandlungen ernstere Gestalt anzunehmen. Wie aus Washington gemeldet wird, hat Staatssekretär Kellogg dem französischen Botschafter in Washington nunmehr einen ausführlichen Vertragsvorschlag übermittelt, der den Krieg zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten unmöglich machen soll. In einem Begleitbrief gibt Kellogg der Hoffnung Ausdruck, daß nach der Unterzeichnung eines solchen Vertrages auch andere Länder dem Pakt beitreten würden. Er stimme mit Briand darin überein, daß es notwendig sei, jeden möglichen Krieg zwischen beiden Ländern für ungesetzlich zu erklären.

Die offiziellen Washingtoner Kreise erörtern den Vorschlag des Staatssekretärs Kellogg lebhaft und erklären, der neue Pakt könne eine ebenso große Bedeutung haben wie das Völkerbundstatut und wie der Vertrag des internationalen Schiedsgerichtshofes. Der Plan sei von Kellogg in Zusammenarbeit mit der Auswärtigen Kommission des Senats ausgearbeitet worden.

Der Inhalt des Vertragsentwurfes.

Nach den Angaben amerikanischer Blätter hat der Entwurf zu dem Pakt folgenden Inhalt:

1. Frankreich und die Vereinigten Staaten verpflichten sich, sämtliche Meinungsverschiedenheiten einer internationalen Schiedsgerichtskommission zum Schiedsspruch zu unterbreiten. 2. Meinungsverschiedenheiten juristischer Ordnung, die den Vertrag selbst nicht betreffen, sollen dem ständigen Haager Weltgerichtshof oder einem anderen Gerichtshof unterbreitet werden, über den die Parteien sich einig werden müssen. 3. Der Schiedsvertrag ist bei folgenden drei Möglichkeiten nicht anwendbar: a) bei Fragen, die sich auf die innere Politik der beiden Unterzeichnerländer beziehen, b) wenn eine dritte Macht in die betreffende Angelegenheit einbezogen ist und c) wenn es sich um Fragen handelt, auf die die Monroe-Doktrin angewandt werden könne.

Amerika soll weiter verlangen, dem Vertrag müsse auch die Ausdehnungsfähigkeit auf andere Mächte gegeben werden, was in Frankreich etwas verschnupft hat. Es wird das nicht offen zugegeben, ist aber doch aus den sichtlich zurückhaltenden Presseäußerungen deutlich zu erkennen.

Stimmen der Kritik.

Der Auslandspolitiker des „Echo de Paris" will erfahren haben, daß der augenblicklich in Washington weilende amerikanische Botschafter in London, Houghton, nach seiner Rückkehr auf seinen Posten Verhandlungen über den Abschluß eines Friedenspaktes einleiten werde, über den im Augenblick Paris mit Washington diskutiert. Das Blatt nimmt an, daß hierbei auch die Frage des Rechts des neutralen Handels bei einem Seekrieg aufgeworfen werde, erklärt aber im übrigen, an dem Entwurf Kolleggs sei zu bemängeln, daß der Vertrag nicht ein französisch-amerikanischer bleiben, sondern zu einem allgemeinen ausgebaut werden solle. „Echo de Paris" behauptet auch, daß Briand sich bereits wegen des Inhalts des Vertrages mit London in Verbindung gesetzt habe.

Wünsche für das deutsche Volk.

Reden von Hindenburg und Marx.

Reichspräsident von Hindenburg empfing am Neujahrstage die Chefs der hiesigen fremden diplomatischen Vertretungen, denen im Ehrenhof des Reichspräsidiums von einer Abteilung Reichswehr die üblichen militärischen Ehrenbezeugungen erwiesen wurden.

Die Glückwünsche des Diplomatischen Korps brachte der

Apostolische Nuntius Monsignore Pacelli

als Doyen zum Ausdruck. Er erbat Gottes Segen für Hindenburg und seine Familie. In seiner Rede wies er weiter darauf hin, daß das Gefühl des Vertrauens, das die Wohltaten des Friedens und die internationalen politischen und wirtschaftlichen Übereinkommen bei den Völkern hervorrufen und nähren, dazu beigetragen hat, in den verschiedenen Staaten das große Werk des Wiederaufbaues auf dem Trümmerfeld, das die furchtbare Geißel des Krieges hinterlassen hat, zu fördern.

Reichspräsident von Hindenburg

erwiderte u. a.: Ich hoffe und wünsche, daß die harten Prüfungen der Vergangenheit und die wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Nöte der Gegenwart in den Völkern, von denen jedes einzelne im Zusammenleben der Menschheit seine wichtigen und unentbehrlichen Aufgaben zu erfüllen hat, den Willen zur Zusammenarbeit und das Verständnis für die Lebensnotwendigkeiten jedes einzelnen Volkes vertiefen und verstärken werden. Hingabe an das Vaterland schließt den Dienst an der Menschheit nicht aus. Die Völker aber werden sich um die Herbeiführung einer wahren Friedensgemeinschaft der Nationen um so freudiger bemühen, wenn sie von der Überzeugung erfüllt sein können, daß dieser Friede zugleich die Herrschaft der Gerechtigkeit und ihres höchsten Gutes, der Freiheit, begründet. So sehr das deutsche Volk noch von eigenen Sorgen bedrückt ist, die es weder vergessen noch zurückstellen kann, wird es sich doch an allen Bemühungen um einen echten Frieden entschlossen und aufrichtig beteiligen in der Erwartung, daß so die Erreichung jenes Menschheitsideals der Gerechtigkeit in den Beziehungen der Völker untereinander am besten gefördert wird.

Hierauf begrüßte der Reichspräsident die einzelnen Botschafter, Gesandten und Geschäftsträger und wechselte mit ihnen Neujahrswünsche. Bei dem Empfang waren außer Staatssekretär Dr. Meißner und den anderen Herren der Umgebung des Reichspräsidenten Reichskanzler Dr. Marx, der Staatssekretär des Auswärtigen Amts Dr. von Schubert sowie der Chef des Protokolls, Gesandter Köster, zugegen.

Im Anschluß hieran empfing der Reichspräsident den Reichskanzler sowie die hier anwesenden Reichsminister und Staatssekretäre der Reichsregierung.

Reichskanzler Dr. Marx

überbrachte darauf die Wünsche der Reichsregierung. Er hielt dabei eine Ansprache, in der er darauf hinwies, daß die Befreiung des besetzten Gebietes noch nicht in Erfüllung gegangen, aber dennoch eine Besserung und Festigung unserer auswärtigen Lage unverkennbar sei. In der Rede heißt es weiter:

Deutschlands Stellung unter den Völkern wird sich auch in Zukunft weiter heben, wenn unser tiefer und ehrlicher Wille, an den großen Völkerfragen tatkräftig mitzuwirken, die gemeinsame Arbeit zur Sicherung des Friedens gefördert hat. Mit großer Freude darf ich feststellen, daß die ernste Sorge der uns im Vorjahre drückenden Arbeitslosigkeit mit allen ihren schweren Schädigungen seelischer und materieller Not zu einem großen Teile von uns genommen ist; auch daß wir von schweren Wirtschaftskämpfen verschont blieben, zeugt von der sich immer mehr durchsetzenden Erkenntnis, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam an der Meisterung der schweren Wirtschaftsprobleme arbeiten müssen, die uns die Nachkriegszeit zurückgelassen hat. Meine Hoffnung ist, daß dieser Gedanke auch im kommenden Jahre sich immer tiefer festsetzen möge. Daß es gelungen ist, unserer treuen und bewährten Beamtenschaft zum Schlusse des Jahres das zu geben, was nach Lage unserer Staatsfinanzen und unter Berücksichtigung der Wirtschaftsverhältnisse möglich war, erfüllt uns mit besonderer Genugtuung.

Der Reichskanzler gab der Hoffnung Ausdruck, daß in den politischen Kämpfen des kommenden Jahres das Gefühl der Einigung, wie es sich beim 80. Geburtstage des Reichspräsidenten gezeigt habe, nicht verloren gehen möge. Mit solcher Zuversicht treten wir in das neue Jahr ein, das für Sie, sehr verehrter Herr Reichspräsident, und unser deutsches Volk ein glückliches und gesegnetes sein möge!

An die Brüder im besetzten Gebiet!

Der Reichspräsident dankte für die Glückwünsche. Er gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß der Rhein noch immer nicht frei sei, und gedachte in herzlichen Worten des besetzten Gebietes. Er führte dazu weiter aus:

Fremde Militärgewalt und Besatzung im Land ist unvereinbar mit einer endgültigen Befriedung. Nur auf freiem Boden und zwischen freien Völkern können die Gedanken der Verständigung und des Ausgleichs voll zur Auswirkung gelangen. Mit lebhafter Genugtuung stelle ich dagegen fest, daß es durch opferwillige Entschließungen der Reichs- und der preußischen Staatsregierung in den letzten Tagen gelungen ist, dem anderen bedrängten Grenzgebiete unseres Vaterlandes,